

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

Tel. 06055/906070
mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.dielinke-mkk.de

30. November 2008

Ausgeglichen heißt nicht ausgewogen!

Haushaltsplan ist keine adäquate Antwort auf Weltwirtschaftskrise

Gelnhausen „Die Verbesserung der Finanzen ist in unserem Landkreis angekommen. Ob sie sich als stabil erweist, wird das Jahr 2009 zeigen“, so die stellvertretende Vorsitzende der LINKEN im Kreistag Angelika Silberling-Antoni. „Bei den jetzt vorliegenden Prognosen, scheint der Haushalt aber in Teilen schon Makulatur zu sein bevor er in Kraft tritt.“

Der vorgelegte Haushalt ist keine adäquate Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Tausende von Arbeitsplätzen im Main-Kinzig-Kreis sind bedroht und tausende von Zeitarbeitern sind schon arbeitslos.

Union und SPD haben es versäumt, Dämme gegen die Rezession zu errichten. Offenbar haben den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt.

Ein Landkreis kann hier nicht viel tun. Dennoch sind einige Möglichkeiten vorhanden.

DIE LINKE. fordert ein mehrstufiges Konjunkturprogramm. Kurzfristig bedarf es nach inzwischen allen Wirtschaftsinstituten einer kurzfristigen Kaufkraftherhöhung, um durch Nachfrage die Spitze des zu erwartenden Abschwungs wenigstens zu dämpfen. Auf Bundesebene könnte diese erste Stufe kurzfristig die Anhebung des ALG II auf mindestens 435 Euro, besser 520 Euro, im Monat sein. Dieses Geld flösse direkt in den Konsum. Eine ähnliche Wirkung hätte die Einführung eines Mindestlohns. In einer zweiten und dritten Stufe müssten dann Infrastrukturprogramme folgen.

Im Main Kinzig Kreis könnte eine konkrete Maßnahme zum Beispiel eine Weihnachtsbeihilfe für Sozialleistungsbezieher sein. Ein entsprechender Antrag der Linken wurde leider 2007 abgelehnt. Zur Erinnerung: Das alte Bundessozialhilfegesetz beinhaltete aus gutem Grund eine Weihnachtsbeihilfe.

Aber auch das Vorziehen von ohnehin notwendigen Investitionen würde direkt helfen. Die Schulen sehen zum Teil erbärmlich aus: Nicht nur abblätternder Putz, den man noch als Schönheitsmangel bezeichnen könnte, sondern auch fehlender Ausbau und notwendige Renovierungsmaßnahmen müssten unbedingt vorgezogen werden. Die 22 Millionen Euro, die im Kreishaushalt eingestellt sind, hören sich erst einmal viel an, sind aber auf die einzelnen Schulen bezogen nicht ausreichend. Es ist inzwischen üblich, dass Eltern die Klassenräume streichen oder die rührigen Fördervereine notwendige Sanierungsmaßnahmen finanzieren und selber ausführen.

Auch die Sauberhaltung der Schulen muss ausdrücklich kritisiert werden. Die Kinder sitzen oft in staubiger Luft, weil viel zu selten feucht gewischt wird. Dies kann man auch im Haushalt direkt ablesen.

„So kostet die Reinigung des Palazzo Prozzi des Main Kinzig Forums 240.000 Euro im Jahr. Mit dem gleichen Geld müssen umgerechnet über 30 Grund- und Hauptschulen zurecht kommen“, stellt der schulpolitische Sprecher der LINKEN Kreistagsfraktion Volkmar Höhne fest.

Da die Reinigung der Schulen selten von Spitzenverdienern ausgeführt wird, könnte durch eine Verbesserung direkt ein Beitrag für die heimische Wirtschaft und zur Kaufkraftverbesserung im MKK geleistet werden.

Weiter könnte Kaufkraft erhöht werden, wenn wenigsten die genehmigten Stellen auch besetzt würden. Hier fällt - den LINKEN zumindest - eine Schieflage auf, die nicht geduldet werden darf. So stellen sie fest, dass im Rechtsmittelbereich die Stellen zum einen massiv ausgebaut worden sind, was anscheinend mit der hohen Zahl von Verfahren, insbesondere im Sozialbereich zusammen hängt. Zum anderen sind die Stellen auch nahezu vollständig besetzt. Über die gestiegene Anzahl der Verfahren kann man sich nicht freuen, über eine beschleunigte Bearbeitung allerdings schon. Deshalb

setzt hier auch keine Kritik von an, sondern die Kritik entsteht, wenn man sich anschaut, wo Planstellen nicht besetzt sind. Dies ist im Sozialbereich und auch in der Schulverwaltung der Fall. So sind im Sozialamt von 119 Stellen nur 99, also rund 20% der genehmigten Stellen im Stellenplan unbesetzt. In den Schulen sind es rund 10%.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN stellt fest, dass an den Schulsekretärinnen gespart wird und deren Aufgaben den Schulleitern und Lehrern Arbeitszeit abverlangt. Im Sozialbereich wird im günstigsten Falle „nur“ eine ordentliche Beratung von Hilfesuchenden verhindert. Im schlimmsten Falle werden Sozialleistungen falsch, verzögert oder gar nicht gezahlt. Dies zeigt sich auch an Beschwerden über liegen gebliebene und vergessene Anträge im Hartz IV Bereich, wo oft erst nach entsprechender Rückfrage der LINKEN oder gar Anwälte Bewegung in die Fallbearbeitung kommt.

Andreas Müller

DIE LINKE. Fraktion Main-Kinzig